

die Rede des Genossen Grotewohl gehört. Ich bin für die atomwaffenfreie Zone. Die Weigerung Adenauers mit seinem dauerndem ‚Nein‘ will ich damit beantworten, daß ich mich zum Dienst bei der Grenzpolizei verpflichte.“ In vielen Versammlungen der Betriebe, Verwaltungen, Wohngebiete der Stadt und des Dorfes wurden solche Schlußfolgerungen gezogen, die Ausführungen des Genossen Grotewohl und die Vorschläge der Sowjetunion am Arbeitsplatz und in Hausversammlungen zu diskutieren und Ausschnitte aus diesen Dokumenten nach Westdeutschland zu schicken. In der Grundorganisation Käselow beschlossen die Genossen, nicht in das NATO-Deutschland zu fahren. Dieses Beispiel bewirkte, daß weitere 107 Grundorganisationen ähnliche Beschlüsse faßten, oft mit der Verpflichtung verbunden, auch auf die Kollegen im Betrieb und auf den eigenen Verwandtenkreis in dieser Richtung einzuwirken. Dies hat sich auch insofern gut ausgewirkt, daß noch mehr Bürger begriffen haben, wie schmähsch sie am ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat handeln, wenn sie ihn durch Überwechseln in die Bundesrepublik verraten würden. „Das Volk entscheidet, deshalb muß die Aktionseinheit den westdeutschen Militaristen entgegengesetzt werden“, brachten die LPG-Bauern in Fahren und die Kollegen der MTS Zurow zum Ausdruck. Die Traktoristen, Werkstattarbeiter und Angestellten der MTS Kirchdorf appellierten an das Verantwortungsbewußtsein des Senatspräsidenten der Stadt Hamburg, damit er seine ganze Kraft dafür einsetzt, daß die Hamburger Bevölkerung ihren Willen durch einen Volksentscheid kundtut. In einer Versammlung im Wohnbezirk 14 der Stadt Wismar bewiesen die Einwohner die Notwendigkeit, mit allen Menschen aus Ost und West zu sprechen. Die Hausgemeinschaft Lieselotte-Hermann-Straße 6 rief alle anderen Hausgemeinschaften auf, Unterschriften zu sammeln. Weitere Aufrufe kamen von der FDJ-Leitung des Großhandelskontors für Lebensmittel/Obst/Gemüse, von den Studenten des Semesters Mia und S 3 b der Ingenieurschule. Im Aufruf der Abteilung Volksbildung des Rates der Stadt und des Kreises an alle Pädagogischen Räte wurden alle Lehrer aufgefordert, über die Notwendigkeit des Volksentscheids zu sprechen. Die Lehrer der Zentralschule Groß-Stieten wollen in der täglichen Erziehungs- und Bildungsarbeit und bei Elternaus-sprachen die Friedens Vorschläge nach besten Kräften unterstützen. Die Schüler der Fritz-Reuter-Schule Wismar demonstrierten am 31. Januar und forderten, daß die Westmächte endlich auf die Vorschläge der Sowjetunion eingehen und mit Verhandlungen beginnen sollten. Sie riefen alle Einwohner auf, sich dafür einzusetzen, daß die Gipfelkonferenz zustande kommt, auf der als Hauptproblem der Kampf gegen atomare Aufrüstung und für die Schaffung einer atomwaffen-freien Zone behandelt wird. 452 Pioniere aus Neukloster/Hohenviecheln wandten sich in einem Schreiben an den Staatspräsidenten Frankreichs gegen den Algerien-Krieg und forderten die Freilassung der Patriotin Djamilia Bouhired. Die Mittelschule Neukloster hat auf Vorschlag der Pioniere der Gruppe 5 b in der Stadt eine Unterschriftensammlung für eine atomwaffenfreien Zone veranstaltet. 580 Unterschriften in drei Tagen waren das Ergebnis. So könnte die Reihe fortgesetzt werden.

Natürlich gibt es auch noch Teile unserer Bevölkerung, die unklar sind, die schwanken und die negativen Einflüssen unterliegen. So meinen einige, „Atomwaffen haben eine weite Reichweite, sie können über die atomwaffenfreie Zone hinauschießen“. Andere sagen: „Atomwaffenfreie Zone hat gar keinen Zweck, wenn nicht generell alle Atomwaffen verboten werden.“ „Die USA reagieren doch nicht, was nutzen uns all unsere Vorschläge“, „Ein Volksentscheid bringt